



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/X/58 - 10.3.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Lohnforderungen der Bergarbeiter	S. 2
Kritische Parteien suchen Wähler	S. 3
Beamten sollten nicht wählbar sein	S. 5

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Hornberger Schießen beendet

ep - Das fast schon traditionelle Bild der FDP als einer Partei, die den politischen Theaterdecker liebt, aber kein Strohvermögen hat, wurde am Mittwoch erneut bestätigt. Ein Mann aus ihren Reihen hat das Ergebnis der stundenlangen Beratungen des Hauptausschusses der Partei (also der Vertreter im Lande) und der Bundestagsfraktion mit dem treffenden Wort umschrieben: Feuer einstellen - Hornberger Schießen beendet!

Die Partei hofft, auch die Belastung mit diesen neuen, extremen Widersprüchen tragen zu können. Man hat den Freunden und Anhängern im Laufe der Jahre in dieser Hinsicht schon so viel zugemutet, warum nicht auch dies?

Um die Frage des Rücktrittes Adenauers hat es harte Kämpfe und ein nur sehr knappes Abstimmungsergebnis gegeben, durch das eine Billigung dieses Rücktrittes abgelehnt wurde. Die Spannungen innerhalb der Partei sind groß. Aber ihr Wille, in der Koalition zu bleiben, war größer. Und es ist so bezeichnend wie bedenklich, dass trotz des großen Aufwandes an Worten und Gesten während der letzten 14 Tage alle Augen in Bonn wußten, wie die Sache ausgehen würde. Bindungen verschiedenster Art, nicht zuletzt finanzielle, waren schließlich maßgebend. Die Glaubwürdigkeit der Opposition durch die FDP mußte von vornherein auch daran leiden, dass die Fraktion zu den Pariser Verträgen Ja, zum Saarstatut aber Nein sagte, obwohl auch sie wußte, dass nach dem Willen derer, auf die es vor allem ankommt, beides zusammengehört.

Die Partei hat durch ihren Vorsitzenden und den Abgeordneten Decker ihrem Groll gegen den Kanzler und den Alpdruck der übermächtigen Kanzlerpartei kräftig Luft gemacht. Wenn sie trotz der Demütigungen von dieser Seite ihren Koalitionswillen über jede andere Überlegung triumphieren ließ, dann wird das kaum die Wirkung haben, dass der Kanzler und seine Getreuen künftigeheutsamer mit ihr umgehen werden. Im Gegenteil wird man dort der Ansicht sein, ihr nun schlechthin alles zuzumuten zu können.

Es ist Sache der FDP selbst, zu überlegen, wie weit sie ihren bisherigen Weg konsequenter Inkonzsequenz glaubt weitergehen zu können, ohne ihr Dasein als ernstzunehmende Partei zu gefährden. Vielleicht wird der Parteitag in Oldenburg Ende März näheren Aufschluß bringen.

* * *

- 2 -

Die Lage an der Ruhr ist ernst

sp - Die strikte Weigerung des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, die 12 %ige Lohnforderung der Bergarbeiter zu bewilligen oder auch nur einen Gegenvorschlag zu unterbreiten, hat die Lage im Ruhrgebiet weiter verschärft. Am Sonnabend tritt der Hauptvorstand der IG-Bergbau zur Beratung der nächsten Schritte zusammen. Wenn auch zur Zeit noch nicht feststeht, ob der Hauptvorstand in dieser Sitzung den Termin für die Abhaltung der Urabstimmung festlegen wird, so sollte bereits heute kein Zweifel darüber bestehen, dass die Gewerkschaft entschlossen ist, ihre Forderungen durchzusetzen und sich auch nicht dazu hergeben wird, für den Unternehmensverband Bergbau in Luxemburg oder Bonn auf Kosten der Allgemeinheit die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Die Industriegewerkschaft Bergbau ist nach wie vor der Auffassung, dass der weitaus größte Teil der 12 %igen Lohnforderung aus den tatsächlichen Erträgen des Ruhrbergbaues gezahlt werden kann und sich eine Erhöhung der Preise durchaus vermeiden lässt. Die IG Bergbau ist sich weiter darüber im klaren, dass jedenfalls Landwirtschaft, Verkehrsbetriebe und Energiewirtschaft keine Kohlenpreiserhöhungen ohne Rückwirkungen auf Preise und Tarife auffangen können.

Zu Mittwoch kommender Woche hat der Bundeswirtschaftsminister die Sozialpartner des Bergbaues zum gemeinsamen Gespräch eingeladen. Während der Hauptvorstand der IG-Bergbau diese Einladung sofort akzeptierte, lag am Donnerstag früh noch keine Antwort des Unternehmensverbandes Bergbau vor. Sollte sie länger auf sich warten lassen, so dürfte das auf die am Sonnabend zu fassenden Beschlüsse des Hauptvorstandes der IG Bergbau nicht ohne Einfluß bleiben. Man kann überhaupt den Unternehmensverband Ruhrbergbau von einer Weigung zur Verzögerungstaktik und Doppelgleisigkeit seiner Politik nicht freisprechen. Er hat vor Bekanntgabe der Lohnforderungen eine Kohlenpreiserhöhung von DM 2,50 zur Debatte gestellt, ohne bis heute in Luxemburg offiziell einen entsprechenden Antrag zu stellen. Begründet wurde diese Preisforderung mit einem kalkulatorischen Verlust von DM 5,02 je t. Gegen diese Berechnung - ob nun die vom Unternehmensverband erstellten Unterlagen in Luxemburg oder in Essen ausgewertet werden - werden allerseits Bedenken angemeldet. Die Resultate weichen erheblich von dem wesentlich günstigeren Ergebnis ab, das sich bei Zugrundelegung der tatsächlichen Aufwendungen ergibt.

Es ist deshalb auch nur eine Scheinlogik, wenn der Unternehmensverband jede weitere Lohnverhandlung mit dem Hinweis auf die zuvor behauptete unzureichende Kostendeckung ablehnt. Es soll dahingestellt bleiben, inwieweit der Unternehmensverband mit seiner starren Haltung gegenüber der Gewerkschaft nicht einen massiven Druck auf den Bundeswirtschaftsminister ausüben will, damit dieser in Luxemburg eine Kohlenpreiserhöhung befürwortet oder aber beim Bundesfinanzminister steuerliche Begünstigungen für den Bergbau durchdrückt. Wie verlautet, beginnt man im Bundeswirtschaftsministerium bereits weich zu werden und erwägt Preiserhöhungen um DM 1,- bis DM 1,50 je t und die Abführung des je t DM 1,- betragender Aufschlages für den Wohnungsbau an den Bergbau selbst.

* * *

Britische Wähler suchen ihre Partei

Auf dem Hintergrund der gegenwärtigen Auseinandersetzung um den "Labour-Rebellen" Aneurin Bevan gewinnt der folgende Beitrag erhöhte Aktualität. D. Red.

F.S., London

Die während der letzten Monate stattgefundenen Nachwahlen haben nicht zu einer Veränderung des parlamentarischen Bildes beigetragen. Eine Untersuchung der Resultate hat jedoch den Wahlstrategen beider Parteien Veranlassung gegeben, die Wählerschaft stärker als bisher zu beobachten. Es hat sich herausgestellt, dass die Wahlbeteiligung auffallend stark zurückging, ja, dass die Zahl der Nichtwähler in einigen Bezirken größer war als die Zahl der Mitglieder, die beiden Parteien angehören.

Es wäre jedoch falsch, eine Wahlmüdigkeit der Bevölkerung festzustellen. Es wäre auch falsch, ihr eine politische Gleichgültigkeit nachzusagen. Viel eher kann man von einer Verwirrung sprechen, die Mitglieder und Anhänger veranlassen, sich passiv zu ihren Parteien zu verhalten.

Die politischen Ziele einer Partei müssen umso wichtiger, klarer und erkennbarer herausgestellt werden, je weniger sie im Verlaufe der Wahlperiode manifestieren konnte, dass sie "die andere Partei" ist. Konservative als auch Labour teilen den Mangel an Profil. Der aussenpolitische Einfluss Großbritanniens und die wirtschaftliche Selbständigkeit dieses Landes waren in der Nachkriegszeit so vielen Krisen ausgesetzt, dass beide Parteien nicht mehr die Möglichkeit haben, selbständig ihre Zielsetzung zu bestimmen.

Die Abhängigkeit von außenpolitischen Einflüssen kam am deutlichsten in der Behandlung des deutschen Wehrbeitrages zum Ausdruck, der vom überwiegenden Teil der Bevölkerung abgelehnt wird. In seiner grundsätzlichen Ablehnung sind sich auch die führenden Politiker beider Parteien einig, die ihn jedoch im Parlament annehmen, wobei die Labour Party die Verwirrung innerhalb der Bevölkerung verstärkte, als sie sich bei der Ratifizierung des Keun-Mächte-Abkommens der Stim-

me enthielt.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet unterscheiden sich Konservative und Labour nicht deutlich genug. Die Arbeiterpartei möchte die Nationalisierung vorwärts treiben, kann aber die Struktur der britischen Wirtschaft, auch in ihrer nächsten Regierungsperiode nur in beschränkter Masse verändern, wenn sie ihre Entwicklung nicht stören will. Die konservative Regierung wiederum bezieht die Nationalisierung verschiedener Industriezweige bei, die ihre Vorgänger schufen. Der von der Labour Regierung gegründete Wohlfahrtsstaat wurde von den Tories im Prinzip übernommen, die Vollbeschäftigung, der Einbau der Gewerkschaften in die staatlichen Kontrollinstanzen hält an. Zweifellos hat die gegenwärtige Regierung der Konservativen eine ganze Reihe von außenpolitischen Maßnahmen und Veränderungen auf wirtschaftlichen Gebieten getroffen, die Labour niemals veranlasst hätte. Die Frage ist nur, ob der Durchschnittswähler in der Lage ist, die Unterschiede festzustellen, und ob sie ihm, wenn er sie fand, wichtig genug sind, sich für die eine oder andere Partei zu entscheiden.

In spätestens 18 Monaten werden in Großbritannien Neuwahlen stattfinden. Bis zu ihrem Zeitpunkt müssen die Parteileitungen Programme entwickelt haben, die ihre Mitglieder und Wähler unterscheiden können. Während dieser Wahlperiode haben die leitenden Parteiorgane mehr durch schwankende Kompromisse als durch eine überzeugende Politik die öffentliche Meinung beeinflusst. Nur zu oft sind für diesen Zustand Ereignisse im Weltmaßstab und nicht die bestimmenden Kräfte der politischen Parteien verantwortlich. Es ist auch nicht anzunehmen, dass dieser Zustand in seiner Zeitdauer unbegrenzt ist. Aber die Partei der Nichtwähler und Indifferenten vermag sehr leicht, die britische Politik für die nächsten fünf Jahre zu entscheiden.

*

*

*

Können Beamte Abgeordnete sein?

s. Kiel, 10. März

Im Kieler Landtag ist in erster Lesung der Gesetzentwurf eines Landesbeamtengesetzes beraten worden, der von der Landesregierung eingebracht wurde, nachdem sich die Verabschiedung des Bundesbeamtengesetzes so lange hinausgezögert hat. Der Entwurf der Kieler Regierung gestattet den Beamten das uneingeschränkte passive Wahlrecht zu und kann darauf Anspruch auf Aufmerksamkeit auch über den künftigen Geltungsbereich dieses Gesetzes hinaus erheben. Es wird nämlich in der Begründung des Gesetzentwurfs ausdrücklich erklärt, nach Auffassung der Landesregierung in Kiel könnten künftig auch amtierende Landesbeamte gleichzeitig Landtagsabgeordnete sein.

Das ist ein grundsätzliches Problem. In dem Entwurf heißt es zur Begründung, dass Beamte nicht Staatsbürger niederen Rechts sein dürften. Daher könnten die Beamten nicht grundsätzlich vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen werden. Ausdrücklich wird dann gesagt, dass nach Auffassung der Regierung für den Bereich des Landtags Beamte ohne Beurlaubung von ihren Amtspflichten wählbar sein müssten.

Diese Entscheidung widerspricht dem demokratischen Staatsprinzip der klaren Gewaltenteilung in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung. Zwar ist der Hinweis der Landesregierung durchaus stichhaltig, dass die Beamten nicht Staatsbürger mit eingeschränkten Rechten sein dürften. Aber es ist nicht möglich, Beamten zu gestatten, gleichzeitig in der Verwaltung tätig und bei der Ausarbeitung der Gesetze mitbestimmend zu sein.

Landtagsabgeordnete sind Mitglieder von politischen Parteien, sie arbeiten im Landtag im Sinne ihrer Wähler, die ihre Stimme einem Kandidaten und gleichzeitig einer Partei gegeben haben. Solche parteigebundene Arbeit von Beamten in der Gesetzgebung schließt aus, dass der gleiche Beamte in der Verwaltung völlig unparteiisch verfährt, so wie ihm das vorgeschrieben ist. Es heißt sogar in dem Entwurf des Kieler Landesbeamtengesetzes: "Der Beamte dient der ganzen Volke, nicht einer Partei". Aber eine derartige, uneingeschränkte Forderung

10.3.1955

ist mit der gleichzeitigen Ausübung öffentlicher Verwaltungsfunktionen und politisch gebundener Parlamentsarbeit unvereinbar. Wie ist es denn denkbar, dass ein amtierender Beamter, der im Parlament Gesetzentwürfe nach Gewissen und Parteientscheidung zu beeinflussen sucht, später bei der Ausführung der Gesetze diese Bindungen wieder vergisst? Der Beamte wird im Amte Parteipolitiker und im Parlament Beamter sein. Anderenfalls gäbe es Konflikte über Konflikte. Infolgedessen ist der Vorschlag der schleswig-holsteinischen Landesregierung abzulehnen.

Selbst die Beamtenschaft des Landes lehnt - wie man in Gesprächen mit schleswig-holsteinischen Beamten erfahren konnte - diesen Vorschlag ab. Dennoch muss man eine Einschränkung machen. Es ist denkbar, dass Beamte Parlamenten angehören, die Beschlüsse fassen, die nicht für ihre eigene Arbeit bindend sind. Es ist an sich nicht wünschenswert, dass Beamte überhaupt in Parlamenten und gleichzeitig in Verwaltungen tätig sind, weil eine der beiden Tätigkeiten dann zu kurz kommt. Auch muß man auf die Verzahnung der Gesetzgebung in Bund, Ländern und Gemeinden hinweisen. Aber man könnte sich immerhin vorstellen, dass Gemeindebeamte Bundestagsabgeordnete sind, weil hier die Gesetzgebungs- und Verwaltungskonkurrenzen am geringsten sind. Dagegen ist schon der Fall eines Landesbeamten, der gleichzeitig Bundestagsabgeordneter ist, problematisch.

Nachdem jetzt in Kiel diese Probleme aufgeworfen worden sind, sollte man sie überall im Auge behalten. Zu wünschen ist, dass man in Kiel doch noch eine Lösung findet, die ausschließt, dass die betroffenen Beamten in unauflösbare Widersprüche verstrickt werden.

*

*

*

Verantwortlich: Peter Rannau